



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

**Bestätigung der Kommission
nach 8 Monaten**

diesen Dienstag war es endlich soweit: die "regierungslose" Zeit in Europa ging zu Ende. Acht Monate nach der Wahl zum Europäischen Parlament konnte das Parlament grünes Licht für die Kommission Barosso II in ihrem Amt geben, auch für Günther Oettinger als neuem Energiekommissar. Für sein neues Amt wünsche ich ihm alles Gute und viel Erfolg.

Mit Stefan Mappus als neuem Ministerpräsidenten und Peter Haug als Fraktionsvorsitzendem ist die CDU im Land gut aufgestellt für die Aufgaben die vor uns liegen. Herzliche Glückwünsche, ich werde von Europa aus meinen Teil zum Erfolg der Baden-Württembergischen CDU gerne leisten.



Kommissar Günther Oettinger mit der Landesgruppe Baden-Württemberg

**Fortschrittsberichte FYROM,
Türkei und Kroatien**

Mazedonien, die Türkei und Kroatien sind Beitrittskandidaten zur EU. Alle sechs Monate berichtet die EU-Kommission welche Fortschritte diese Länder machen bei der Übernahme des Europäischen Rechts, dem Aufbau einer unabhängigen Justiz, dem Kampf gegen Korruption und Reformbemühungen zur Anpassung der Länder an die Europäische Union. Ich habe gegen alle drei Berichte gestimmt, weil ich, wie auch die anderen CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg bis auf weiteres keine neuen Beitritte haben möchte. Ein Beitritt Kroatiens ist für mich im Moment nicht denkbar. Die Aussprache am Mittwoch im Parlament wurde medial überschattet von den Äußerungen des scheidenden kroatischen Staatschefs Stepan Mesic: Die kroatische Regierung sei der Kopf der grassierenden Korruption, zitierten ihn alle Zeitungen in Zagreb am Dienstag. Seine Partei habe unter ihrem langjährigen Vorsitzenden und Regierungschef Ivo Sanader ein Korruptionsnetz über das ganze Land gespannt, das die staatlichen Institutionen lahmgelegt hatte. Mit dem Regierungsantritt Sanaders 2003 bis zu dessen Rücktritt im Juli vergangenen Jahres habe "eine parallele Kommandostruktur" das Sagen gehabt, so Mesic.

Diese Äußerungen wecken Zweifel an einem funktionierenden Rechtsstaat - eine wichtige Bedingung um Mitglied der EU zu werden. Das Gebilde EU lebt davon, dass alle Beteiligten sich auch an diese Rechte halten und die Rechte im Notfall auch eingeklagt werden können, sonst droht uns eine Wiederholung der Situation wie in Rumänien, Bulgarien oder auch Griechenland. Sollte ein Beitritt Kroatiens in diesem Jahr zur Abstimmung stehen, werde ich mich dagegen aussprechen weil Kroatien noch beträchtlichen Bedarf an Reformen hat.

In der Türkei sind weitere große Anstrengungen notwendig. Bislang wurden während der Beitrittsverhandlungen nur wenige Fortschritte erreicht. Einige Kritikpunkte und Forderungen sind weiter:

- Fehlende Erfolge in der Etablierung der Grundrechte und damit verbunden in der Reform der Verfassung
- Missstände bei den Rechten von Angeklagten
- Politische Parteien bedürfen weiterer Veränderungen, um dem europäischen Standard zu genügen.
- Verbesserungen bei den Menschenrechte

**Sollen die Amerikaner unsere
Bankdaten bekommen?**

In den vergangenen Tagen haben ich wegen SWIFT-

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeorg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeorg.graessle@europarl.europa.eu



Abkommens viele besorgte Zuschriften erhalten, das am Donnerstagmorgen im Parlament zur Abstimmung stand. Bei dem Abkommen handelt es sich um eine Übereinkunft zwischen den Regierungschefs der EU und den USA zum Austausch von Informationen über Finanztransaktionen, das dem Zweck dienen soll, die Geldgeber terroristischer Organisationen zu ermitteln. SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) an sich ist eine Genossenschaft der Geldinstitute mit Sitz in Belgien, die ein Telekommunikationsnetz für den Nachrichtenaustausch zwischen den Mitgliedern betreibt. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 konzipierte das US-Finanzministerium zur Ermittlung, Verhütung und Verfolgung von Terrorismus ein sogenanntes "Terrorist Finance Tracking Programm" (TFTP) und wertete mit dessen Hilfe Daten aus, die sich damals auf einem in den Vereinigten Staaten befindlichen SWIFT-Server lagen. Unter anderem eben auch die Daten zu innereuropäischen Überweisungen. Im Juni 2006 berichtete die New York Times über diese Praxis, woraufhin die belgische Regierung im September desselben Jahres erklärte, dass die Handhabe sowohl belgisches als auch amerikanisches Privatrecht brechen würde. Als

die Amerikanische Regierung daraufhin eine Verpflichtung unterschrieb Datenschutzstandards einzuhalten und Kontrollen durchzuführen, sicherte die Europäische Kommission dem Unternehmen SWIFT Rechtssicherheit zu. Nach einer Umstellung der IT-Systeme bei SWIFT, wonach seit Anfang 2010 nur noch Teilbestände der Daten in den USA und der Rest in den Niederlanden und Belgien gespeichert wird, wurde ein Abkommen zwischen den USA und der EU notwendig. Der Rat der Innenminister stimmte am 30.11.2009 diesem Abkommen zu. Das Abkommen ist lediglich ein sogenanntes Interimsabkommen und ist auf 9 Monate befristet. Es ist seit dem 01.02.10 anwendbar und würde mit der Zustimmung des Parlaments in Kraft treten. Das Parlament begleitete das Abkommen in den verschiedenen Stadien seiner Entwicklung und hat ca. 80% seiner Forderungen in das Abkommen hineinverhandeln können. Große Anliegen des Europaparlaments waren dabei größtmöglicher Datenschutz und mehr parlamentarische Kontrolle. So erfolgt in der jetzigen Form auch kein beliebiger Zugriff auf Europäische Bankdaten, sondern nur bei konkretem Verdacht auf Terrorismus. Das Selbstbestimmungsrecht über die privaten Daten wird hier an einer sehr

empfindlichen Stelle berührt und ich teile die Sorgen, die Sie mir in Ihren Briefen und Emails zu diesem Thema geschrieben haben. Ich habe diese ernst genommen und mit meinen CDU/CSU-Kollegen, entgegen der Fraktion, gegen die Annahme des Abkommens gestimmt.

Ärgernis der Woche: Stellenausschreibungen

Wir sind zufälligerweise über eine Stellenausschreibung des Direktorenpostens der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsqualität in der Financial Times gestolpert. Unsere Recherchen ergaben: 33 Anzeigen in 27 Mitgliedsstaaten, in allen 23 EU Amtsprachen. Kostenpunkt: 109 000 Euro. Übrigens das Personal der dezentralisierten Agenturen der Kommission wuchs vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2009 um 186%. Eine noch krassere Entwicklung zeigen die den Agenturen zugewiesenen Mittel auf. Waren es im Jahr 2000 noch 94,7 Mio. Euro, die an die Agenturen flossen, so sind es im Jahr 2008 bereits 554,5 Mio. Euro gewesen. Ein Wachstum um 486% mit exponentiellem Verlauf. Seit diesem Jahr bin ich deshalb Mitglied in der Interinstitutionellen Arbeitsgruppe, die über die Zukunft der Agenturen in Verhandlungen mit der Kommission und dem Rat entscheiden wird.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeorg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeorg.graessle@europarl.europa.eu